



## ► Übergänge von der Schule in die berufliche Ausbildung

Im Aufsatz wird untersucht, welche Bedeutung die Berufsbildungspolitik dem Thema des erfolgreichen Übergangs von der Schule in eine berufliche Ausbildung in der Vergangenheit beigemessen und welchen Beitrag die Berufsbildungsforschung zur Unterstützung der Berufsbildungspolitik geleistet hat. Gezeigt wird, dass es in der Vergangenheit über lange Phasen hinweg zu erheblichen Übergangsproblemen auf dem Ausbildungsmarkt kam, die sich erst in jüngster Zeit deutlich abgeschwächt haben. Der Berufsbildungsforschung ist es gelungen, den Prozess des Übergangs in eine Ausbildung transparent zu machen und die Gruppen unter den Jugendlichen zu identifizieren, die für einen erfolgreichen Übergang Unterstützung benötigen.

### 1. Einleitung

Ein gelingender Übergang von der Schule in die berufliche Ausbildung ist für die Schulabgänger/-innen eine zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche berufliche Zukunft. Seit vielen Jahren verläuft diese Phase für viele Jugendliche nicht reibungslos und hat sich zudem häufig zu einem längeren Übergangsprozess entwickelt, in dem der Weg in eine vollqualifizierende Ausbildung mit unterschiedlichen Übergangsmaßnahmen verbunden ist. In diesem Beitrag wird untersucht, welche Bedeutung die Berufsbildungspolitik dem Thema des erfolgreichen Übergangs von der Schule in eine berufliche Ausbildung in der Vergangenheit zugemessen und welchen Beitrag die Berufsbildungsforschung in der Unterstützung der Berufsbildungspolitik bei auftretenden Problemlagen geleistet hat. Der Beitrag gliedert sich dabei folgendermaßen: Zunächst wird auf die Geschichte der beruflichen Ausbildung in den letzten 50 Jahren eingegangen und gezeigt, inwieweit Problemlagen des Übergangs in die berufliche Ausbildung von Bedeutung für die Berufsbildungspolitik waren. Außerdem werden wesentliche Instrumente der Berufsbildungspolitik bei der Gestaltung von Übergangsprozessen beschrieben. Anschließend geht Kapitel 2 kurz auf die für die Analyse von Übergängen genutzten Daten und Erhebungsinstrumentarien ein. Schließlich werden in Kapitel 3 wesentliche Ergebnisse der Übergangsforschung der letzten Jahre dargestellt. Der Beitrag wird mit einem kurzen Fazit abgeschlossen.

## 2. Übergänge in die Ausbildung im Fokus der Berufsbildungspolitik

Das Berufsbildungsgesetz von 1969 zielte wesentlich auf die Erhöhung der Qualität der betrieblichen Ausbildung ab. Als in den 70er-Jahren des vorigen Jahrhunderts das betriebliche Ausbildungsplatzangebot aufgrund der gestiegenen Anforderungen an die Ausbildungsqualität zurückging und gleichzeitig geburtenstarke Jahrgänge vermehrt auf den Ausbildungsmarkt strömten, wurde befürchtet, dass das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen mit der deutlichen Steigerung der Nachfrage nicht Schritt halten könnte. Die damalige sozialliberale Bundesregierung beschloss mit dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz (APIFG) von 1976 die Einführung einer Umlagefinanzierung, die aber nur dann ausgelöst werden sollte, wenn das Ziel der Schaffung eines qualitativ und quantitativ ausreichenden Angebots an Ausbildungsplätzen nicht erreicht würde. Mit dem APIFG wurde „die Sicherung eines ausreichenden Angebots an Ausbildungsplätzen erstmalig als ein konkretes Ziel der Berufsbildung gesetzlich fixiert. Nicht primär der kurzfristige Bedarf der Wirtschaft, sondern die Nachfrage und die Ausbildungsbereitschaft der Jugendlichen“ sollten nun im Vordergrund stehen (DER BUNDESMINISTER FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT 1977, S. 3). Obwohl die Umlagefinanzierung nie eingesetzt und das APIFG 1980 vom Bundesverfassungsgericht 1980 wegen eines Formfehlers im Gesetzgebungsverfahren für nichtig erklärt wurde (vgl. KATH 2006), wirkte diese Drohkulisse und die Wirtschaft steigerte ihr Ausbildungsplatzangebot erheblich (vgl. z. B. DER BUNDESMINISTER FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT 1985). Das Ziel der Bereitstellung eines qualitativ und quantitativ ausreichenden betrieblichen Ausbildungsplatzangebots wurde nach Außerkraftsetzen des APIFG als Ziel der Berufsbildungsplanung zunächst in das Berufsbildungsförderungsgesetz und dann in das Berufsbildungsgesetz überführt, allerdings ohne eine Finanzierungsregelung.

Mit dem APIFG wurde mit den jährlichen Berufsbildungsberichten ein System der Beobachtung und Analyse der Entwicklungen auf dem Ausbildungsmarkt geschaffen, welches den politisch Verantwortlichen Entscheidungshilfen an die Hand geben sollte. Rechtliche Grundlage für den Berufsbildungsbericht ist heute § 86 des Berufsbildungsgesetzes. Zentrale Aufgabe des Berichtes ist dabei die Abschätzung des Angebots und der Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen (vgl. z. B. KREKEL/MILDE 2018).

Mit dem Ziel eines auswahlfähigen Ausbildungsplatzangebotes für die heranwachsende Generation und der systematischen Beobachtung des Ausbildungsmarktes in den Berufsbildungsberichten waren Fragen des Übergangs in die berufliche Ausbildung seit den 70er-Jahren des vorherigen Jahrhunderts ein zentrales Thema für die Berufsbildungspolitik. In den Berufsbildungsberichten der letzten 40 Jahre werden regelmäßig auch Aspekte des Übergangs thematisiert. Die politische Aufmerksamkeit für das Thema schwankte aber je nach Situation auf dem Ausbildungsmarkt. Insbesondere in Zeiten hoher Ausbildungsplatznachfrage bzw. einer steigenden Zahl von Schulabgängern/Schulabgängerinnen mit Interesse für eine berufliche Ausbildung rückte das Thema stärker in den Fokus. Hier können seit den 70er-Jahren unterschiedliche Phasen der Entwicklungen auf dem Ausbildungsmarkt

beobachtet werden: Bis Mitte der 80er-Jahre nahmen aufgrund geburtenstarker Jahrgänge die Zahlen der Schulabgänger/-innen zu, um danach wieder deutlich zurückzugehen. Im wiedervereinten Deutschland gab es dann ab Anfang der 90er-Jahre erneut einen Anstieg der Schulabgängerzahlen, der erst ab 2006 zum Stillstand kam. Seitdem gehen die Zahlen wieder zurück.

Während in den 70er- und 80er-Jahren die Betriebe auf die wachsende Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen mit einem Ausbau des Angebots reagierten und so die Übergangsprobleme für die Jugendlichen mindern konnten, war dies zu Beginn des neuen Jahrtausends nicht mehr der Fall (vgl. MAIER/WALDEN 2014). Einer wachsenden Nachfrage nach einer Ausbildung stand stattdessen sogar ein Rückgang des betrieblichen Ausbildungsplatzangebotes gegenüber, was zu erheblichen Versorgungsengpässen führte (vgl. z. B. WALDEN/TROLTSCH 2011). Somit erhielten in den 2000er-Jahren Fragen nach dem Übergang in eine berufliche Ausbildung eine herausragende Bedeutung. Schon zu Beginn der 90er-Jahre waren zudem nach der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern in erheblichem Maße betriebliche Ausbildungskapazitäten weggefallen, weshalb die Politik in besonderem Maße gefordert war, Maßnahmen zur Verbesserung des Übergangs in berufliche Ausbildung zu ergreifen.

Generell unterschieden sich in den vergangenen 30 Jahren seit der Wiedervereinigung aufgrund unterschiedlicher demografischer Entwicklungen die Konstellationen auf den regionalen Ausbildungsmärkten in West- und Ostdeutschland teilweise erheblich. Der Ausbildungsplatzmangel in Ostdeutschland zu Beginn der 90er-Jahre wurde so zunächst von einem Rückgang der Ausbildungsplatznachfrage in Westdeutschland begleitet. Später, in der zweiten Hälfte der 2000er-Jahre, setzte der demografisch bedingte Rückgang in Ostdeutschland früher ein als in Westdeutschland.

Mit den wieder sinkenden Schulabgängerzahlen und einer zurückgehenden Nachfrage nach betrieblicher Ausbildung haben sich die Übergangschancen in eine betriebliche Ausbildung in den letzten Jahren wieder deutlich verbessert. Allerdings ist die Situation auf dem Ausbildungsmarkt nunmehr von sogenannten Passungsproblemen geprägt. Inzwischen gibt es viele Betriebe, die ihre Ausbildungsplätze aufgrund mangelnden Interesses vonseiten der Schulabgänger/-innen nicht mehr besetzen können. Gleichzeitig finden aber auch umgekehrt viele junge Menschen nach wie vor nicht ihren Wunschausbildungsplatz. Passungsprobleme liegen also dann vor, wenn es sowohl Versorgungsprobleme bei den Jugendlichen als auch Besetzungsprobleme bei den Betrieben gibt (vgl. MATTHES u. a. 2014).

Die Berufsbildungspolitik hat in den letzten 40 Jahren bei auftretenden Übergangsproblemen auf dem Ausbildungsmarkt diese mit verschiedenen Instrumenten zu bekämpfen versucht. Zu unterscheiden sind hier Maßnahmen zur Steigerung der betrieblichen Ausbildungsbereitschaft von solchen, mit denen Ausbildungskapazitäten außerhalb von Betrieben geschaffen werden sollen. Oft sind entsprechende Maßnahmen dabei auch auf besonders benachteiligte Jugendliche ausgerichtet. Nach wie vor gibt es zur Förderung des Übergangs in eine Ausbildung ein breites Spektrum von Programmen des Bundes und der Länder (vgl.

BUNDESINSTITUT FÜR BERUFSBILDUNG 2019, S. 283ff.). Vor allem im neuen Jahrtausend wurden dabei im Rahmen eines umfassenden Übergangsmangements innovative Maßnahmen zur besseren Gestaltung des Übergangs von der Schule in eine Ausbildung entwickelt und installiert. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang insbesondere auf das Berufsorientierungsprogramm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung<sup>1</sup>, die Hilfestellungen für Jugendliche durch sogenannte Berufseinstiegsbegleiter/-innen nach § 49 SGB III sowie auf das Jobstarter-Programm<sup>2</sup>.

Als Konsequenz von Problemen beim Übergang von der Schule in eine betriebliche oder berufliche Ausbildung hat sich im Laufe der Zeit ein sogenanntes Übergangssystem bzw. ein Übergangsbereich herausgebildet, unter dem berufliche Bildungsmaßnahmen zusammengefasst werden, die unterhalb der Schwelle eines vollqualifizierenden Berufsabschlusses angesiedelt sind (vgl. BAETHGE/SOLGA/WIECK 2007). Hier finden sich z. B. Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die nur eine berufliche Grundbildung vermitteln oder berufsvorbereitende Bildungsgänge (s. z. B. BUNDESINSTITUT FÜR BERUFSBILDUNG 2019, S. 98f.). Mit der sich verschlechternden Situation auf dem Ausbildungsmarkt war dieser Bereich in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends sprunghaft gewachsen. Aufgrund der Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt gehen die Zahlen derer, die sich im Übergangsbereich befinden, in den letzten Jahren aber wieder deutlich zurück. Die Maßnahmen werden weitgehend durch Bund und Länder sowie die Bundesagentur für Arbeit finanziert und können so als ein Ergebnis der Berufsbildungspolitik bei der Bekämpfung von Übergangsproblemen angesehen werden.

### 3. Datengrundlagen der Übergangsforschung

Übergangsforschung als Teil der Berufsbildungsforschung spielte seit den 70er-Jahren eine wichtige Rolle zur Schaffung von Entscheidungshilfen für die Berufsbildungspolitik. Bereits mit den ersten Berufsbildungsberichten wurden Datenbasen zur Analyse des Übergangsgeschehens geschaffen. Neben den Daten der amtlichen Statistik sind hier auch besondere Erhebungsinstrumentarien zu nennen. Im Berufsbildungsbericht von 1978 wird so bereits auf eine repräsentative Panel-Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hingewiesen, in der Schulabgänger/-innen über ihre Absichten nach Beendigung der Schule befragt wurden (vgl. DER BUNDESMINISTER FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT 1978, S. 68). Später setzte das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) über einen langen Zeitraum das Instrument der Schulabgängerbefragungen ein. Stand in der Berufsbildungsforschung anfangs die Frage nach dem unmittelbaren Übergangserfolg im Vordergrund, wird seit einigen Jahren verstärkt der gesamte Prozess des Übergangsgeschehens in den Blick genommen. Mittlerweile liegt das Durchschnittsalter der Auszubildenden mit neu abgeschlos-

---

1 Siehe URL: <https://www.berufsorientierungsprogramm.de> (Stand: 02.01.2020).

2 Siehe URL: <https://www.bibb.de/de/738.php> (Stand: 02.01.2020).

senen Ausbildungsverträgen bei fast 20 Jahren (vgl. BUNDESINSTITUT FÜR BERUFSBILDUNG 2019, S. 181).

Viele Auszubildende, insbesondere jene mit einem Hauptschulabschluss, haben vor Antritt ihrer Ausbildung bereits andere berufliche Bildungsgänge, insbesondere im Übergangsbereich, durchlaufen. Um den Zeitraum nach Beendigung der Schule insgesamt zu erfassen, wurden besondere Erhebungsinstrumente für eine Längsschnittbetrachtung geschaffen. Hier sind Retrospektivbefragungen von Panelerhebungen zu unterscheiden. Zu nennen sind vor allem die BIBB-Übergangsstudien 2006 und 2011 zu den Bildungs- und Berufsbiografien von 18 bis 24 Jahre alten Jugendlichen in Deutschland, die regelmäßig durchgeführte BA/BIBB-Bewerberbefragung, das Hauptschülerpanel des Deutschen Jugendinstituts e. V. (DJI) und das Nationale Bildungspanel (NEPS). Das NEPS dient dabei nicht nur der Übergangsforschung, sondern soll die Analyse von Bildungsverläufen insgesamt ermöglichen. Die Teilstudie „Schule, Ausbildung und Beruf“ startete mit ihren Kohorten 2010. Da bisher nur ein begrenzter Ausschnitt des gesamten Übergangsprozesses erfasst werden konnte, liegt in den künftigen NEPS-Daten noch ein erhebliches Analysepotenzial für die Übergangsforschung. Neben den hier genannten besonders wichtigen Erhebungen zur Analyse des Übergangs von der Schule in die Ausbildung wurden zusätzlich auch Daten aus anderen Befragungen für die Forschung zu Übergangsprozessen herangezogen.

Neben besonderen Individualbefragungen ist auch auf Verbesserungen in der Zusammenführung unterschiedlicher Daten aus der amtlichen Statistik hinzuweisen. Mit der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) liegt seit einigen Jahren ein Berichtssystem vor, „welches verschiedene amtliche Statistiken zu einem Gesamtüberblick über das (Aus-) Bildungsgeschehen zusammenführt“ (BUNDESINSTITUT FÜR BERUFSBILDUNG 2019, S. 91). Die iABE unterscheidet dabei die Bildungssektoren Berufsausbildung, Übergangsbereich, Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung und Studium. Die iABE stellt jährlich die Bestandszahlen für die betreffenden Bildungsgänge mit einer Differenzierung in den verschiedenen Sektoren zusammen. Allerdings können Übergangsquoten im zeitlichen Verlauf zwischen den Sektoren nicht ermittelt werden.

#### **4. Fragestellungen und Ergebnisse der Übergangsforschung**

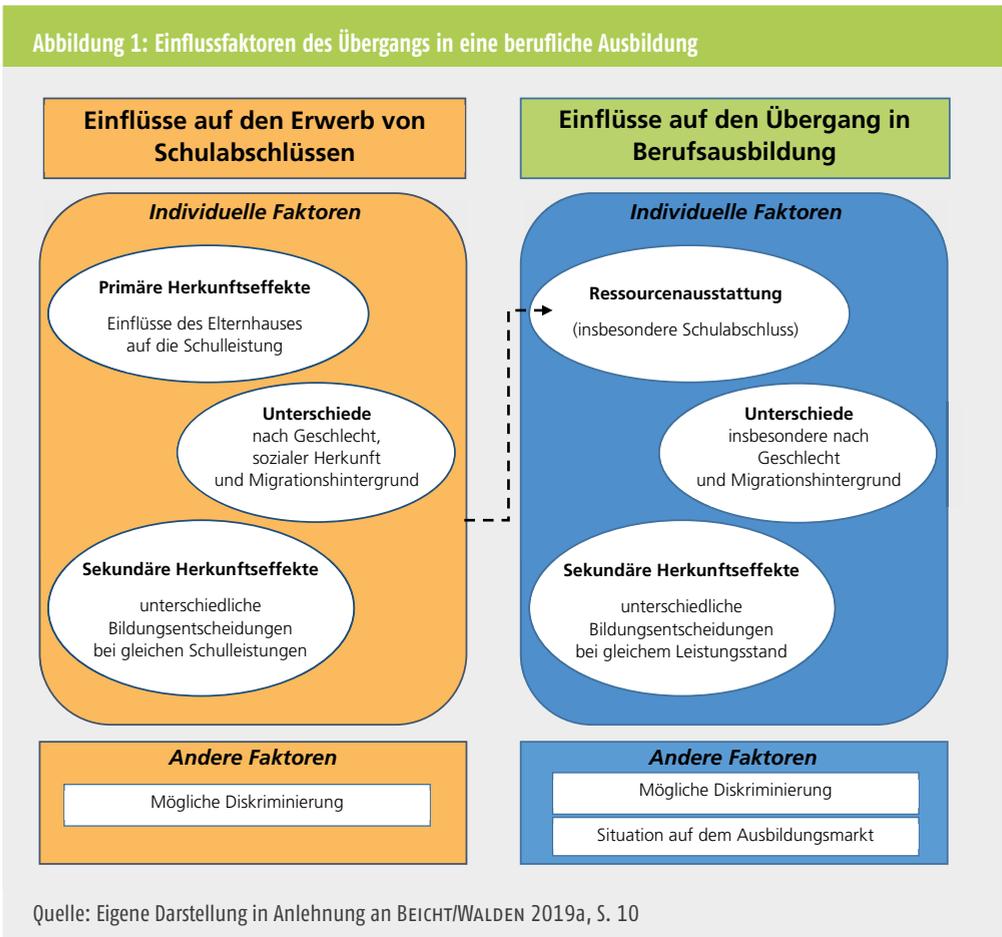
Die Berufsbildungspolitik, aber auch die Forschung ist natürlich daran interessiert, wie gut der Übergang in eine Ausbildung nach der Schule gelingt. Bereits in den ersten Berufsbildungsberichten wurden Übergangsquoten in die betriebliche Ausbildung berechnet. Für 1977 wird hiernach die Quote der erfolgreichen Übergänge von der Hauptschule in eine betriebliche Ausbildung mit 65,4 Prozent und für die Realschule mit 67,7 Prozent angegeben (vgl. DER BUNDESMINISTER FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT 1978, S. 66). Ulrich (2018, S. 293ff.) weist darauf hin, dass die „richtige“ Berechnung von Übergangsquoten auf Basis von Daten der amtlichen Statistik zwischen den berufsbildungspolitischen Akteuren, und hier insbesondere zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern, umstritten ist. Je nach Be-

rechnungsmethode ergeben sich so Quoten von über 90 Prozent oder auch solche, die mit 60 Prozent oder 75 Prozent deutlich darunter liegen (vgl. ULRICH 2018, S. 294). Ergebnisse aus durchgeführten Befragungen zeigen hier eindeutig, dass der Übergang in eine Ausbildung oft erst nach längerer Zeit bzw. Zwischenstationen gelingt (vgl. ULRICH 2018, S. 294). Beicht und Walden (2018) ermittelten so mit Daten des NEPS für nichtstudienberechtigte Schulabgänger/-innen der Jahre 2011 und 2012 für vier Monate nach Schulende Übergangsquoten in eine betriebliche Ausbildung, die zwischen 64,1 Prozent (Auszubildende ohne Migrationshintergrund) und 50,8 Prozent (Auszubildende mit Migrationshintergrund) liegen. Nach 40 Monaten ergeben sich für die Gruppen dann Übergangsquoten von 89,1 Prozent und von 81,9 Prozent. Bei Betrachtung einer vollqualifizierenden Ausbildung (also unter Einbeziehung entsprechender schulischer Ausbildungsgänge) betragen die entsprechenden Quoten 92,1 Prozent und 84,8 Prozent.

Im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends wurde mit dem Wachsen des Übergangsbereichs verstärkt eine Diskussion über eine Reform des dualen Systems der Berufsausbildung in Gang gesetzt. Euler und Severing (2006) schlugen in diesem Zusammenhang u. a. eine Modularisierung der beruflichen Bildung vor und entwickelten Vorschläge für bessere Anschlüsse und Übergänge zwischen den verschiedenen Teilbereichen des Berufsbildungssystems. Maßnahmen des Übergangsbereichs sollten dabei besser auf die vollqualifizierende Berufsausbildung ausgerichtet werden. Mithilfe einer Initiative der Bertelsmann Stiftung wurden in vielen Ländern dann tatsächlich Reformprozesse des Übergangsbereichs angestoßen, um den Weg in eine vollqualifizierende Ausbildung zu verkürzen (vgl. EULER/SEVERING 2011). Ulrich weist hier darauf hin, dass in der Diskussion um eine Reform des Übergangsbereichs positive Effekte der entsprechenden Maßnahmen, wie die Möglichkeit zum Nachholen höherer allgemeiner Bildungsabschlüsse, unterbewertet wurden (vgl. ULRICH 2018, S. 295). Mit der Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt und den Rückgängen der Zahlen im Übergangsbereich hat sich die Diskussion um den Übergangsbereich mittlerweile abgeschwächt.

Die Übergangsforschung der vergangenen Jahre hat sich intensiv mit der Frage beschäftigt, von welchen Bedingungen ein erfolgreicher Übergang von der Schule in eine berufliche Ausbildung abhängt (vgl. Abbildung 1). Hier sind natürlich zunächst die unterschiedlichen Rahmenbedingungen bzw. Konkurrenzsituationen auf den regionalen Ausbildungsmärkten zu nennen (vgl. EBERHARD 2012). Empirische Studien zur Einmündung in berufliche Ausbildung zeigen übereinstimmend, dass die individuellen Chancen für einen erfolgreichen Übergang in berufliche Ausbildung dann steigen, wenn auch die regionale Ausbildungssituation insgesamt für die Bewerber/-innen günstig ist (vgl. z. B. BEICHT/WALDEN 2019a, S. 44). Die Forschung hat sich darüber hinaus vor allem damit beschäftigt, ob sich der Übergangsprozess von der Schule in die Ausbildung für verschiedene Gruppen unter den jungen Menschen unterschiedlich gestaltet. Von besonderer Bedeutung sind hier neben dem Schulabschluss die Faktoren Geschlecht, soziale Herkunft und Migrationshintergrund.

Abbildung 1: Einflussfaktoren des Übergangs in eine berufliche Ausbildung



Den empirischen Untersuchungen liegen oft theoretische Ansätze hinsichtlich der Bedeutung individueller und anderer Faktoren bei der Erklärung von Übergangsprozessen zugrunde. Bei den individuellen Faktoren spielt nach einem von Boudon entwickelten Ansatz die Unterscheidung nach primären und sekundären Herkunftsfaktoren eine herausgehobene Rolle (vgl. Boudon 1974). Ursprünglich für die Analyse nur von Einflüssen der sozialen Herkunft entwickelt, kann der Ansatz auch auf Untersuchungen zum Einfluss von Geschlecht und Migrationshintergrund ausgeweitet werden. Bezogen auf das allgemeinbildende Schulsystem bezeichnen primäre Herkunftseffekte die – je nach sozialer Schicht unterschiedlichen – Auswirkungen des Elternhauses auf die schulischen Leistungen der Kinder, während sekundäre Herkunftseffekte sich auf von der Gesellschaftsschicht abhängigen Abweichungen in den Bildungsentscheidungen (vgl. z. B. Besuch eines Gymnasiums) bei gleichem schulischem Leistungsniveau der Kinder beziehen (vgl. z. B. BECKER/MÜLLER 2011, S. 56f.). Übertragen auf die Situation von Bewerbern/Bewerberinnen um einen Ausbildungsplatz, beziehen sich

die primären Faktoren auf die zur Verfügung stehenden individuellen Ressourcen (z. B. den Schulabschluss), während sich die sekundären Faktoren auf unterschiedliche Präferenzen von Individuen beziehen, wodurch möglicherweise auch der Übergangserfolg beeinflusst werden kann. So spielt für den Übergangserfolg sicherlich auch eine Rolle, ob man sich in einem Berufssegment mit hoher oder niedriger Konkurrenz bewirbt.

Neben individuellen gibt es weitere Einflussfaktoren auf den Übergangsprozess, die außerhalb der Person der Bewerber/-innen liegen. Neben den Bedingungen auf den regionalen Ausbildungsmärkten, auf die bereits hingewiesen wurde, ist auch das betriebliche Einstellungsverhalten zu betrachten. Betriebe auf der Suche nach Auszubildenden sind daran interessiert, die für sie geeignetsten Arbeitskräfte für sich zu gewinnen. Unterscheiden sich die Einmündungschancen zwischen verschiedenen sozialen Gruppen, so lässt sich als Erklärung hierfür möglicherweise der Ansatz der statistischen Diskriminierung heranziehen. Dieser geht zurück auf den Signaling-Ansatz von Spence (1973) und die Theorie der Arbeitskräfteschlange von Thurow (1979). Da Arbeitgeber über die Bewerber/-innen für einen Ausbildungsplatz nur unvollständige Informationen haben, ziehen sie Kenntnisse über die Gruppen heran, denen die Bewerber/-innen zugeordnet werden. Es werden dann Produktivitätsmittelwerte für entsprechende Gruppen zugrunde gelegt und die Bewerber/-innen entsprechend dieser Informationen in einer Warteschlange sortiert. Diskriminierung eines/einer Einzelnen würde dann deshalb erfolgen, weil er/sie einer Gruppe angehört, die im Schnitt geringere Leistungswerte aufweist, auch wenn der Bewerber oder die Bewerberin selbst möglicherweise über ein sehr hohes individuelles Leistungsniveau verfügt. Dabei kann der Begriff Leistungsniveau auch weiter ausgelegt werden. Imdorf (2005) weist darauf hin, dass es möglicherweise nicht nur um eine formale Eignung für einen Beruf geht, sondern auch um die Beurteilung darüber, als wie „passend“ für das soziale Gefüge des Betriebs junge Menschen eingeschätzt werden. Damit erklärt er z. B. schlechtere Einmündungschancen junger Migranten/Migrantinnen in der Schweiz oder auch Probleme, die junge Frauen bei einer Bewerbung in bestimmten Berufssegmenten haben.

Während die statistische Diskriminierung einem rationalen Verhalten von Betrieben folgt, welche für sie besonders geeignete junge Menschen einstellen wollen, kann es auch zu Diskriminierungen von Gruppen auf Grundlage irrationaler fremdenfeindlicher oder rassistischer Einstellungen kommen. Dabei wird gegenwärtig z. B. im Hinblick auf die Einmündungschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine Debatte darüber geführt, welche Rolle entsprechende Verhaltensweisen in betrieblichen Einstellungsverfahren spielen (vgl. SCHERR 2015; HUNKLER 2013).

Mit Blick auf die Übergangschancen verschiedener sozialer Gruppen sind aus den Forschungsergebnissen der letzten Jahre vor allem die folgenden zu nennen:

## Schulabschluss

Empirische Untersuchungen zu Übergangschancen zeigen eindeutig, dass der erreichte Schulabschluss eine wichtige Rolle spielt. Betriebe setzen häufig bei der Suche nach Auszubildenden einen bestimmten Schulabschluss voraus. Im Allgemeinen gilt, dass die Einmündungschancen umso besser sind, je höher der erreichte Schulabschluss ist. Deutlich schlechtere Einmündungschancen haben dabei in der Regel Hauptschüler/-innen, denen zudem nur ein sehr eingeschränktes Berufssegment zugänglich ist (vgl. z. B. PROTSCH 2014). Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um klassische Handwerksberufe.

## Geschlecht

In Deutschland gibt es erhebliche Unterschiede in den beruflichen Präferenzen zwischen Männern und Frauen. Während Männer in einem hohen Maße auch in gewerblich-technischen Berufen vertreten sind, finden sich Frauen vor allem in kaufmännischen und sozialen Berufen. Da das duale System der Berufsausbildung immer noch stark von gewerblich-technischen Berufen geprägt ist, sind Frauen unterrepräsentiert. So betrug der Frauenanteil an allen Auszubildenden 2017 37 Prozent (vgl. BUNDESINSTITUT FÜR BERUFSBILDUNG 2019, S. 113). Frauen sind dagegen häufiger im schulischen Berufsbildungssystem vertreten.

Insgesamt sind Frauen in den letzten Jahren im allgemeinen Bildungssystem erfolgreicher als Männer. Sie bekommen oft bessere Noten und erwerben häufiger höhere Schulabschlüsse. Wenn sie eine betriebliche Ausbildung anstreben, haben sie aber (kontrolliert um weitere Faktoren) schlechtere Übergangschancen als männliche Schulabsolventen. Beim Übergang in eine schulische Ausbildung haben Frauen allerdings Vorteile (vgl. BEICHT/WALDEN 2016).

Gründe für die geringeren Einmündungschancen von Frauen in das duale System lassen sich auf die Unterschiede in den beruflichen Präferenzen zwischen Männern und Frauen zurückführen. Frauen meiden gewerblich-technische Berufe, in denen die Konkurrenz nicht so ausgeprägt ist, und streben vor allem stark nachgefragte Dienstleistungs- und kaufmännische Berufe an. Hervorzuheben ist, dass die wenigen jungen Frauen, die einen Ausbildungsplatz im gewerblich-technischen Berufssegment anstreben, auch hier geringere Chancen als Männer haben (vgl. BEICHT/WALDEN 2012). Insofern können Frauen ihre Übergangschancen nicht unmittelbar verbessern, wenn sie sich beruflich umorientieren. Dies deutet auf immer noch vorhandene Vorbehalte der Betriebe gegenüber Frauen mit entsprechenden Berufswünschen hin.

Eine besondere Problemgruppe auf dem Ausbildungsstellenmarkt stellen die jungen Frauen mit Hauptschulabschluss dar (vgl. BEICHT/WALDEN 2016). Die klassischen „weiblichen“ Berufssegmente im Dienstleistungs- und kaufmännischen Bereich sind ihnen oft versperrt, weil viele Betriebe hier einen mittleren Schulabschluss voraussetzen. Ebenso sind die meisten schulischen Bildungsgänge mit einem Hauptschulabschluss nicht erreichbar. Während Männer mit Hauptschulabschluss noch relativ gute Chancen in gewerblich-technischen

Handwerksberufen haben, gilt dies für die jungen Frauen mit Hauptschulabschluss aus den geschilderten Gründen nicht.

## **Migrationshintergrund**

Jugendliche mit Migrationshintergrund sind eine sehr heterogene Gruppe. Zum Teil sind sie selbst nach Deutschland eingewandert, zum Teil sind sie in Deutschland geboren und Nachkommen von Einwanderern und Einwanderinnen. Insgesamt zeigen Untersuchungen zum Übergang in berufliche Ausbildung für junge Menschen mit Migrationshintergrund im Durchschnitt schlechtere Einmündungschancen. Dies ist zu einem Teil darauf zurückzuführen, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund im Schnitt seltener höhere Schulabschlüsse erwerben als andere Jugendliche. Hier kommen sicher primäre Herkunftsfaktoren zum Tragen. Hinzuweisen ist insbesondere auf die ungünstigeren Voraussetzungen zum Erlernen der deutschen Sprache in den Elternhäusern und darauf, dass die betreffenden Jugendlichen häufiger aus niedrigeren Sozialschichten stammen. Die ungünstigeren Einmündungschancen bleiben aber auch dann erhalten, wenn statistisch für den Schulabschluss und andere Faktoren wie z. B. Schulnoten oder Bewerbungsverhalten kontrolliert wird, d. h., die entsprechenden Effekte herausgerechnet werden. Schlechtere Übergangschancen zeigen sich dabei zum Teil auch für solche Jugendlichen, die in Deutschland geboren wurden. Grundsätzlich verbessern sich mit längerer Anwesenheit der Herkunftsfamilien in Deutschland aber die Übergangschancen der Jugendlichen (vgl. BEICHT/WALDEN 2019b).

Ein Grund für schlechtere Chancen von Migranten/Migrantinnen sind auch berufliche Präferenzen. Jugendliche mit Migrationshintergrund interessieren sich häufiger für Dienstleistungs- und kaufmännische Berufe, in denen die Konkurrenz besonders hoch ist. Allerdings bleiben Nachteile gegenüber Jugendlichen ohne Migrationshintergrund auch dann erhalten, wenn in statistischen Modellen hierfür kontrolliert wird (vgl. BEICHT/WALDEN 2015b).

## **Soziale Herkunft**

Der Einfluss der sozialen Herkunft auf den Bildungserfolg ist das klassische Beispiel der Anwendung des Theorieansatzes der primären und sekundären Herkunftseffekte. Für das allgemeinbildende deutsche Schulsystem gilt traditionell eine hohe Schichtabhängigkeit. Jugendliche aus niedrigeren sozialen Schichten haben deutlich geringere Chancen, die Schule mit einem höheren Schulabschluss abzuschließen (vgl. DITTON 2013). Da die Einmündungschancen in eine berufliche Ausbildung in einem hohen Maße von dem erreichten allgemeinen Schulabschluss abhängen, wirkt sich der Einfluss der sozialen Herkunft indirekt auch auf den Zugang in die berufliche Bildung aus. Wird in entsprechenden Analysen der Schulabschluss kontrolliert, zeigen sich darüber hinaus aber kaum noch Einflüsse der sozialen Herkunft auf den Übergangserfolg (vgl. BEICHT/WALDEN 2015a).

## 5. Fazit

In diesem Beitrag wurde gezeigt, dass Aspekte des Übergangs von der Schule in eine berufliche Ausbildung von Anfang an im Zentrum des Interesses der Berufsbildungspolitik standen. Maßnahmen der Politik zur Verbesserung des Übergangs von der Schule in die berufliche Bildung hatten und haben dabei einen herausragenden Stellenwert. Die Berufsbildungsforschung hat sich entsprechend dem Interesse der Berufsbildungspolitik ebenfalls frühzeitig des Themas angenommen und vielfältige Forschungsansätze entwickelt. Im Laufe der Zeit wurden die Datengrundlagen sowohl in der amtlichen Statistik als auch in speziellen Erhebungsinstrumentarien für Personenbefragungen immer weiterentwickelt.

Forschungen zu den relativen Chancen unterschiedlicher sozialer Gruppen in eine berufliche Bildung zeigen auch trotz Entspannung auf dem Ausbildungsstellenmarkt eine Reihe von Benachteiligungen. Besondere Hilfen benötigen dabei nach wie vor Jugendliche mit Migrationshintergrund sowie junge Frauen, denen es in der allgemeinbildenden Schule nicht gelungen ist, einen höheren Schulabschluss zu erwerben. Die Berufsbildungspolitik bleibt hier nach wie vor gefordert, den Benachteiligungen entgegenzuwirken. Neue Herausforderungen für die Berufsbildungspolitik ergeben sich zudem in der beruflichen Integration von geflüchteten Menschen. Die Forschung zum Übergang von der Schule in die berufliche Ausbildung wird dabei auch in Zukunft unverzichtbare Entscheidungshilfe für die Berufsbildungspolitik sein.

## Literatur

- BAETHGE, Martin; SOLGA, Heike; WIECK, Markus (2007): Berufsbildung im Umbruch. Signale eines überfälligen Aufbruchs. Netzwerk Bildung. Bonn
- BECKER, Rolf; MÜLLER, Walter (2011): Bildungsungleichheiten nach Geschlecht und Herkunft. In: HADJAR, Andreas (Hrsg.): Geschlechtsspezifische Bildungsungleichheiten. Wiesbaden, S. 55–75
- BEICHT, Ursula; WALDEN, Günter (2012): Berufswahl und geschlechtsspezifische Unterschiede beim Zugang zu betrieblicher Berufsausbildung. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik 108 (2012) 4, S. 491–510
- BEICHT, Ursula; WALDEN, Günter (2015a): Übergang von der Schule in Ausbildung und Studium: Wirkt die soziale Herkunft unterschiedlich bei Männern und Frauen? In: Sozialer Fortschritt 64 (2015a) 7, S. 157–167
- BEICHT, Ursula; WALDEN, Günter (2015b): Unterschiedliche Berufsinteressen als Einflussfaktor für die Einmündungschancen in betriebliche Ausbildung? Ein Vergleich zwischen männlichen und weiblichen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund. In: Journal for Labour Market Research 48 (2015b) 4, S. 325–346
- BEICHT, Ursula; WALDEN, Günter (2016): Transitions into vocational education and training by lower and intermediate secondary school leavers. Can male adolescents compensate

- for their school-based educational disadvantage in comparison with female adolescents. In: *Empirical Research in Vocational Education and Training* 8 (2016) 1, Artikel 11
- BEICHT, Ursula; WALDEN, Günter (2018): Übergang nicht studienberechtigter Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund in vollqualifizierende Ausbildung. BIBB Report 6/2018. Bonn
- BEICHT, Ursula; WALDEN, Günter (2019a): Der Einfluss von Migrationshintergrund, sozialer Herkunft und Geschlecht auf den Übergangserfolg nicht studienberechtigter Schulabgänger/-innen in berufliche Ausbildung. Bonn
- BEICHT, Ursula; WALDEN, Günter (2019b): Transition to company-based vocational training in Germany by young people from a migrant background – the influence of region of origin and generation status. In: *International Journal for Research in Vocational Education and Training* 6 (2019b) 1, S. 20–45
- BOUDON, Raymond (1974): *Education, Opportunity and Social Inequality*. New York
- BUNDESINSTITUT FÜR BERUFSBILDUNG (Hrsg.) (2019): *Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2019. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung*. Bonn
- DER BUNDESMINISTER FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT (1977): *Berufsbildungsbericht 1977*. Bonn
- DER BUNDESMINISTER FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT (1978): *Berufsbildungsbericht 1978*. Bonn.
- DER BUNDESMINISTER FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT (1985): *Berufsbildungsbericht 1985*. Bonn
- DITTON, Hartmut (2013): Wer geht auf die Hauptschule? Primäre und sekundäre Effekte der sozialen Herkunft beim Übergang nach der Grundschule. In: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft* 16 (2013) 4, S. 731–749
- EBERHARD, Verena (2012): *Der Übergang von der Schule in die Berufsausbildung. Ein resourcentheoretisches Modell der Übergangschancen von Ausbildungsstellenbewerbern*. Bielefeld
- EULER, Dieter; SEVERING, Eckart (2006): *Flexible Ausbildungswege in der Berufsbildung*. Bielefeld
- EULER, Dieter; SEVERING, Eckart (2011): Rahmenkonzept der Initiative „Übergänge mit System“. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Übergänge mit System*. Gütersloh, S. 23–77
- HUNKLER, Christian (2013): *Fehlende Ressourcen oder Diskriminierung? Ethnische Ungleichheit beim Zugang zu Ausbildungsplätzen im dualen System*. Mannheim
- IMDORF, Christian (2005): *Schulqualifikation und Berufsfindung. Wie Geschlecht und nationale Herkunft den Übergang in die Berufsbildung strukturieren*. Wiesbaden
- KATH, Folkmar (2006): *Finanzierung der beruflichen Ausbildung*. In: KAISER, Franz-Josef; PÄTZOLD, Günter (Hrsg.): *Wörterbuch Berufs- und Wirtschaftspädagogik*. 2. Aufl. Bad Heilbrunn, S. 251–252

- KREKEL, Elisabeth M.; MILDE, Bettina (2018): Berufsbildungsberichterstattung. In: RAUNER, Felix; GROLLMANN, Philipp (Hrsg.): Handbuch Berufsbildungsforschung. 3. Aufl. Bielefeld, S. 285–290
- MAIER, Tobias; WALDEN, Günter (2014): The influence of demographic factors on the supply of company training places in Germany. In: Empirical Research in Vocational Education and Training 6 (2014) 1, S. 1–14
- MATTHES, Stephanie; ULRICH, Joachim G.; KREKEL, Elisabeth M.; WALDEN, Günter (2014): Wachsende Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt. Analysen und Lösungsansätze. Bonn
- PROTSCH, Paula (2014): Segmentierte Ausbildungsmärkte. Berufliche Chancen von Hauptschülerinnen und Hauptschülern im Wandel. Opladen, Berlin, Toronto
- SCHERR, Albert (2015): Diskriminierung migrantischer Jugendlicher in der beruflichen Bildung. Stand der Forschung, Kontroversen, Forschungsbedarf. Weinheim, Basel
- SPENCE, Michael (1973): Job market signaling. In: The Quarterly Journal of Economics 87 (1973) 3, S. 355–374
- THUROW, Lester C. (1979): A job competition model. In: PIRE, Michael J. (Hrsg.): Unemployment and inflation. New York, S. 17–32
- ULRICH, Joachim Gerd (2018): Übergänge Schule – Berufsbildung – Arbeitsmarkt. In: RAUNER, Felix; GROLLMANN, Philipp (Hrsg.): Handbuch Berufsbildungsforschung. 3. Aufl. Bielefeld, S. 290–298
- WALDEN, Günter; TROLTSCH, Klaus (2011): Apprenticeship training in Germany – still a future-oriented model for recruiting skilled workers? In: Journal of Vocational Education and Training 63 (2011) 3, S. 305–322